



Herzlich willkommen zum Pressegespräch von
Das Neue Innsbruck

Innsbrucks Schuldenbudget 2026

**Operativer Betrieb nur mit Rücklagenauflösung möglich
Das Sozialkapital der Stadt wird verkauft**

Montag, 10. November 2025
11:00 Uhr
Cafe Katzung, 1. Stock

Ihre Gesprächspartner:innen:

Klubobfrau GRⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Birgit Winkel
Stadtrat Mag. Markus Stoll
Ersatz-GR Mag. Matthias Weger
Klubobfrau-Stv.in GRⁱⁿ Mag.^a Christine Oppitz-Plörer
Ersatz-GRⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Renate Krammer Stark

Pressegespräch: Schuldenbudget 2026

Das Neue Innsbruck warnt vor Ausverkauf des städtischen Vermögens

Das Neue Innsbruck kritisiert das von Bürgermeister Anzengruber vorgelegte **Budget 2026** als das **größte Schuldenbudget in der Geschichte der Stadt Innsbruck**.

Anstatt strukturelle Reformen einzuleiten, greift die Stadtregierung zu **kurzfristigen Einmaleffekten**, die das **Sozialvermögen der Stadt aushöhlen** und **künftigen Generationen die Gestaltungsspielräume entziehen**. Besonders im Fokus ist der Verkauf einer ganzen Wohnanlage zum Spottpreis, die der Stadt zunehmend weitere Handlungsspielräume entzieht.

Im Rahmen des heutigen Pressegesprächs analysieren die Mandatar:innen von *Das Neue Innsbruck* die **verantwortungslose Finanzpolitik** der Stadtregierung, **konkrete Beispiele** wie den **Verkauf der Wohnanlage in der Langstraße**, **fragwürdige Aufsichtsratsverbindungen**, und zeigen auf, **welche Reformen Innsbruck jetzt braucht**, um finanziell wieder auf Kurs zu kommen.

Statements der Mandatarinnen und Mandatare

Klubobfrau GRⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Birgit Winkel:

Bürgermeister legt ein noch nie da gewesenes Schuldenbudget vor

„Was uns als solides Budget unter angeblich schwierigen Rahmenbedingungen präsentiert wurde, entpuppt sich bei näherer Betrachtung als ein in der Geschichte Innsbrucks noch nie dagewesenes Schuldenbudget 2026. Die Stadtregierung hat kein Einnahmen-, sondern ein massives Ausgabenproblem.“

„Trotz solider Steuereinnahmen und wachsender Ertragsanteile explodieren die Ausgaben an allen Ecken und Enden. Innsbruck steuert mit Vollgas gegen die Wand – vermutlich nicht absichtlich, aber vor allem mangels finanzwirtschaftlicher Kompetenz.“

„Der Dienstpostenplan ist eine Augenauswischerei. Rücklagen werden für Einmaleffekte aufgelöst. 170 Wohnungen sollen einfach so verkauft werden. Wir sehen es als unsere Pflicht, die Öffentlichkeit über die dubiosen Wege der Geldbeschaffung zu informieren, mit denen das Sozialkapital der Stadt Innsbruck nachhaltig ausgehöhlt wird.“

Stadtrat Mag. Markus Stoll:

Anzengruber jongliert mit Finanzen und Immobilien – ein schauriges Karussell, das mit Einmaleffekten wie dem Verkauf von Sozialvermögen die wahren Probleme nur kaschiert.

„Das Verscherbeln von städtischem Vermögen nimmt volle Fahrt auf – und das auf Kosten der Bevölkerung. Allein im kommenden Jahr sollen rund 40 Millionen Euro an Einmaleffekten die wahren strukturellen Probleme kaschieren. Wohnungen werden in BUWOG-Manier verscherbelt, städtische Gesellschaften ausgesaugt. Die Substanz der Stadt wird zerstört und den kommenden Generationen bleibt ein Innsbruck ohne Gestaltungsspielraum“

„Allein der Verkauf einer städtischen Wohnanlage in der Langstraße stößt uns sauer auf. Noch vor wenigen Jahren war es undenkbar, städtisches Eigentum auszudünnen und damit das Sozialkapital der Stadt anzutasten. Jetzt werden Wohnungen im Schnitt um 45.000 Euro nicht einmal versilbert, sondern verscherbelt – ein verheerendes Signal. Damit verliert die IIG dringend benötigte Einnahmen, die an anderer Stelle – etwa für Schulen, Kinderbetreuung, Sporteinrichtungen oder soziales Wohnen – fehlen werden. Der Schaden wird mit freundlicher Unterstützung durch SPÖ und Grüne angerichtet.“

„Die Erzählung von 37 eingesparten Dienstposten ist nichts als ein Täuschungsmanöver. Tatsächlich werden die Posten nicht gestrichen, sondern schlicht in die Beteiligungen verschoben – nach dem Motto: aus dem Auge, aus dem Sinn. Bei all den Märchen der drei Caprese-Finanzjongleure ist das nur mehr ein weiteres Kapitel in der langen Geschichte der Selbsttäuschung.“

„Wer ein derart verantwortungsloses Budget vorlegt, hat politisch längst kapituliert und offenbart seine eigene Unfähigkeit. Statt endlich strukturelle Maßnahmen zu setzen, um das städtische Schiff wieder auf Kurs zu bringen, wird das Sozialvermögen der Stadt für kurzfristige Einmaleffekte geopfert. Bürgermeister Anzengruber ist drauf und dran, Georg Willi als größte Enttäuschung der Innsbrucker Stadtgeschichte abzulösen“

Ersatzgemeinderat Mag. Matthias Weger:

Mit dem Eingriff in das Sozialvermögen raubt die Stadtregierung den kommenden Generationen jede Gestaltungsmöglichkeit

„Die IIG wird zunehmend zum Bankomaten der Stadtregierung und blutet finanziell aus. Woher soll künftig das Geld für Schulsanierungen, Kinderbetreuungseinrichtungen oder den Wohnbau kommen? Gleichzeitig greift die Stadtregierung auf die Rücklagen der IIG zu und degradiert sie damit langfristig zum Bittsteller, der für jede Sanierung und Instandhaltung um Zustimmung ersuchen muss. Das Sozialkapital der Stadt schrumpft – auch dank der tatkräftigen Unterstützung von SPÖ und Grünen.“

„Die Stadtregierung raubt den kommenden Generationen jede Gestaltungsmöglichkeit – und dieses Schuldenbudget bestätigt das auf erschreckende Weise. Statt egozentrische Prestigeprojekte wie das neue Bürgermeisterbüro, lila Fahrstreifen, Songcontest oder auch dem Landhausplatz 2 (Bozner Platz) sollten die Mittel in echte Zukunftsinvestitionen fließen. Noch besser wäre es, endlich eine ehrliche Aufgabenkritik vorzunehmen und durch Reformen in der Stadtverwaltung und den Beteiligungen die Aufgabenstruktur zu verbessern und den Ausverkauf des städtischen Vermögens zu stoppen.“

Klubobfrau-Stv.ⁱⁿ GRin Mag.^a Christine Oppitz-Plörer:

Keine ehrliche Compliance, dafür politische Deals statt Haltungen.

„Die Stadtregierung hat sich in den vergangenen Monaten ausführlich mit Compliance-Bestimmungen beschäftigt – offenbar vor allem deshalb, um den Bürgermeister selbst einzufangen. Wenn ich an Compliance denke, stelle ich mir jedoch ernsthaft die Frage, wie die Funktion eines Finanzdirektors mit Aufsichtsratsmandaten in städtischen Beteiligungen vereinbar sein kann, insbesondere dann, wenn genau dort Gelder zur Stopfung der Budgetlöcher einfach abgerufen werden. Die IIG wird zunehmend zum Bankomaten der Stadtregierung – und das ist mit Compliance-Grundsätzen völlig unvereinbar. Wir fordern daher, dass sich der Aufsichtsrat endlich schützend vor die Beteiligung stellt, die das größte und sensibelste Sozialkapital der Innsbruckerinnen und Innsbrucker verwaltet. Alle schauen zu und heben die Hand – dabei wäre jetzt Rückgrat gefragt“

„Was mit dem Verkauf der Wohnanlage in der Langstraße passiert, ist nichts anderes, als dass das Vermögen der Innsbruckerinnen und Innsbrucker zu Spottpreisen in andere Gesellschaften verschoben wird – und damit der Einfluss der Stadt schwindet. Von Selbstbestimmung zur Fremdbestimmung scheint die neue Devise zu sein. Ich erinnere mich noch gut, wie wir einst in großer Einigkeit – auch mit Unterstützung der SPÖ – den von Willi geplanten Verkauf städtischer Wohnungen verhindert haben. Heute zählen politische Deals mehr als politische Haltungen – und die SPÖ opfert ihre Überzeugungen für den Erhalt der Regierungsbeteiligung.“

Ersatzgemeinderätin Dr.in Renate Krammer-Stark:

Gemeinderäte sollten Haltung beweisen und zum Wohle der Stadt handeln

„Es geht hier um das gemeinsame Vermögen aller Innsbruckerinnen und Innsbrucker – und es ist schlicht schamlos, dieses still und heimlich um eine lächerliche Summe zu verscherbeln. Wir fordern einen breiten öffentlichen Diskurs, volle Transparenz und lückenlose Aufklärung. In keinem grünen Klub früherer Jahre hätte eine solche Entscheidung je eine Mehrheit gefunden. Und die SPÖ? Sie postet täglich über leistbaren Wohnraum und trägt gleichzeitig den Verkauf städtischer Wohnungen mit. Ist das wirklich die Linie von Babler? Wenn ja, sollten sich viele fragen, wohin diese Parteien ihre Werte verloren haben.“

„Der geplante Verkauf erinnert an ein Vorhaben aus der politischen Mottenkiste: Schon vor über 20 Jahren wollte der erste grüne Oberbürgermeister unserer Partnerstadt Freiburg städtische Wohnungen verkaufen – die Bürgerinnen und Bürger lehnten das mit klarer Zwei-Drittel-Mehrheit ab, und kurz darauf wurde er abgewählt. Genau das erleben wir jetzt auch in Innsbruck: Durch Einmaleffekte sollen kurzfristige Budgeterfolge erzielt werden. Willi wollte diesen Weg trotz der warnenden Beispiele aus Freiburg gehen und scheiterte – Anzengruber führt ihn nun fort. Doch was in Freiburg scheiterte, hat auch in Österreich eine unrühmliche Vorgeschichte: Ein Finanzminister prahlte einst mit einem ‚sanierten‘ Budget – das Ende dieser Geschichte kennen wir. Einmaleffekte mögen kurzfristig glänzen, führen aber langfristig auf die falsche Spur – wie die BUWOG-Affäre schmerzhaft gezeigt hat.“

„Wir fordern nicht nur einen breiten öffentlichen Diskurs, sondern auch eine ehrliche Perspektive der Koalition über 2026 hinaus – denn es wird sich zeigen, wer diesen finanziellen Scherbenhaufen am Ende wieder aufräumen muss. Ebenso wird sich zeigen, ob andere Fraktionen oder einzelne Gemeinderäte den Mut haben, Haltung zu zeigen. Es wäre höchste Zeit, dass das politische Verbiegen ein Ende hat. Nicht einmal die beste Geschichtenerzählung von Willi kann über diese Haltungslosigkeit hinwegtäuschen.“

Unsere Forderungen

Wie die Probleme wirklich angegangen werden sollten

Das Neue Innsbruck widerspricht entschieden der Behauptung, es habe im Vorfeld der Budgeterstellung ernsthafte Gespräche gegeben. Derartige weitreichende Schritte dürfen nicht einfach präsentiert, sondern müssen **politisch diskutiert und transparent vorbereitet** werden.

Wir fordern eine **klare Abkehr von einer Politik der Einmaleffekte**, die das Sozialvermögen der Stadt systematisch aushöhlt. Wenn dennoch Verkäufe städtischer Werte stattfinden – was wir grundsätzlich ablehnen – müssen **verbindliche Grundregeln** gelten:

- **Ausschreibungspflicht** und ein **transparenter Vergabeprozess** für alle städtischen Vermögensverkäufe inklusive umfassende Aufklärung für betroffene Mieter:innen.
- **Unabhängige Prüfung der Angemessenheit von Verkaufspreisen**, insbesondere bei sensiblen Liegenschaften wie der Wohnanlage in der Langstraße. Der dort erzielte Erlös von rund 8 Millionen Euro steht in keinem Verhältnis zum tatsächlichen Marktwert.
- **Klare Leitlinien für die Zukunft**, um sicherzustellen, dass städtische Gesellschaften wie die IIG nicht länger als Bankomaten der Stadtregierung missbraucht werden.

Statt kurzfristiger Finanztricks braucht Innsbruck endlich **ehrliche Prioritätensetzung, eine Strukturreform der Aufgaben und nachhaltige Investitionen**, die kommende Generationen nicht belasten, sondern stärken. Und es braucht vor allem eine **massive Ausgabenreduktion**.